

Wochenbericht

Industrieproduktion geht leicht zurück

Seite **752**

Das Ende des Investitionsbooms in Deutschland und die schwache Weltkonjunktur führen zu Produktionseinschränkungen. Stabile Preise und ein niedrigerer Eurokurs können ab Mitte 2009 zur Erholung führen. Aber die aktuell große Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung könnte Kettenreaktionen in den stark miteinander verflochtenen Industriebranchen auslösen.

von Dorothea Lucke

„Der Maschinenbau ruft auch nicht nach dem Staat“

Seite **753**

Sieben Fragen an Dorothea Lucke

Konjunkturprogramm kommt auf dem Bau kaum an

Seite **762**

Die Bauproduktion sinkt 2009 um ein halbes Prozent. Der Wohnungsbau schrumpft. Der öffentliche Bau wird teurer. Das Maßnahmenpaket zur konjunkturellen Belebung verfehlt sein Ziel.

von Martin Gornig und Sebastian Weber

Brauchen wir ein Konjunkturprogramm?

Seite **774**

Kommentar von Christian Dreger

Industrieproduktion geht leicht zurück

Nach Jahren überaus kräftigen Wachstums, ist die Industrie in diesem Jahr in die konjunkturelle Abschwungphase eingetreten und wird deshalb im Jahresdurchschnitt 2008 nur noch ein Wachstum von 1,8 Prozent erreichen. Ursächlich hierfür sind vor allem die sich abschwächende Weltkonjunktur und das Ende des Investitionsbooms in Deutschland. Die Produktionseinschränkungen werden sich bis Mitte des kommenden Jahres hinziehen. Wird unterstellt, dass die weltweiten Maßnahmen zur Beherrschung der Finanzmarktkrise größere realwirtschaftliche Auswirkungen unterbinden und damit die momentan sehr negative Stimmung in der gesamten Wirtschaft in den kommenden Monaten wieder aufhellen können, wäre ab Mitte des kommenden Jahres eine leichte Aufwärtsbewegung der Industrieproduktion in Deutschland möglich. Allerdings steht mittlerweile zu befürchten, dass schon die aktuelle Unsicherheit über gedämpfte Erwartungen Kettenreaktionen in den stark miteinander verflochtenen Industriebranchen auslösen könnte.

Die Nachfrage nach Gütern des verarbeitenden Gewerbes erreichte ihren Höhepunkt im vierten Quartal 2007 und ist seither rückläufig. Die Auftragseingänge konnten im Durchschnitt der ersten drei Quartale nur noch knapp das entsprechende Niveau des Vorjahres halten.¹ Da aufgrund hoher Auftragsbestände die Kapazitäten in vielen Branchen bis zum aktuellen Rand jedoch noch voll ausgelastet sind, ist bei der Produktion der Abschwung bisher weniger sichtbar. Die Produktion liegt im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) in den ersten drei Quartalen noch 2,7 Prozent höher als im Vorjahr (Tabellen 1 und 2, Abbildung 1). Das DIW Berlin erwartet in seiner Prognose zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass unter der Annahme nur geringer realwirtschaftlicher Auswirkungen der Finanzkrise, die Weltwirtschaft im kommenden Jahr um 2,8 Prozent und die deutsche Wirtschaft um 1,0 Prozent wachsen wird.² Die darauf aufbauende, von der Industrietagung des DIW Berlin erarbeitete Vorausschätzung wird im Folgenden differenziert nach Teilbereichen des produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) dargestellt.³ Dazu ist anzumerken, dass die Experten aus den Industrieverbänden auf starke Unsicherheiten bei der Abschätzung der Auswirkungen der Finanzkrise auf ihre Branchen hinwiesen.

1 Das Jahr 2008 hat überdurchschnittlich viele Arbeitstage. Ohne Korrektur der Auftragseingänge um die unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen, liegen die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe noch um 0,6 Prozent über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

2 Herbstgrundlinien: Realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise beherrschbar. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008.

3 Das Ergebnis der Industrietagung des DIW Berlin ist eine Symbiose aus den modellgestützten Branchenprognosen des DIW Berlin und den Prognosen der Branchenexperten.

Sieben Fragen an Dorothea Lucke

„Der Maschinenbau ruft auch nicht nach dem Staat“

Frau Dr. Lucke, die Finanzkrise erschüttert die Wirtschaft weltweit. Wie ist es um die Industrieproduktion in Deutschland bestellt? Sind die guten Jahre vorbei?

Die Industrie hatte in der Vergangenheit ein paar außerordentlich gute Jahre. Das war auch durch massive steuerliche Anreize gefördert worden. Diese Anreize sind jetzt ausgelaufen. Insofern ist es ganz natürlich, dass wir wieder einen Rückgang der Industrieproduktion zu verzeichnen haben. Das wäre auch ohne die Finanzkrise so gekommen.

Deutschland ist als Exportnation stark von der Auslandsnachfrage abhängig. Droht diese jetzt dauerhaft einzubrechen?

Nicht dauerhaft, aber momentan. Aufgrund der schwachen Konjunktur in den USA und in Europa ist die Auslandsnachfrage gesunken. Zudem reagieren die Handelsströme mit Verzögerung auf den mittlerweile beendeten Wertzuwachs des Euros. Diesen Effekt spürt man in diesem Jahr besonders, weil die Konjunktur in den USA nicht besonders rosig aussieht.

Wie sieht es mit der Inlandsnachfrage aus?

Auch die Inlandsnachfrage ist rückläufig, zum Beispiel im Bereich der Industrieinvestitionen. Zusätzlich spielt es eine Rolle, dass die real verfügbaren Einkommen aufgrund der hohen Preiserhöhungen gesunken sind. Das hat zum Beispiel das Ernährungsgewerbe besonders stark betroffen. Hier gab es besonders hohe Preiserhöhungen und darauf reagiert natürlich der Konsum.

Wie wird sich die Nachfrage voraussichtlich entwickeln? Wann ist wieder mit einem Anstieg zu rechnen?

Die Industrie wird in diesem Jahr nur noch ein Wachstum von 1,8 Prozent erreichen. 2009 wird die Produktion im Jahresdurchschnitt niedriger liegen als 2008. Aber ich denke, dass die Industrieproduktion im Verlauf des Jahres schon wieder zunimmt. Im Jahr 2010 könnten wir bereits wieder eine positive Rate haben.

Die nachlassende Nachfrage in der Kfz-Branche lässt einige Autohersteller nach dem Staat rufen? Halten Sie das für gerechtfertigt?

Das halte ich nicht für gerechtfertigt. Die Automobilindustrie hat in den letzten Jahren von einer starken Nachfrage profitiert, aber auch sie ist einem Zyklus unterworfen. Die Maschinenbaubranche zum Beispiel ruft nicht nach dem Staat. Hier weiß man, dass in manchen Jahren investiert wird und dann wieder ein paar magere Jahre folgen. Besonders die mittelständischen Unternehmen richten sich auf diesen Rhythmus ein. Das müsste die Automobilindustrie auch tun. Im Inland hat sich die Nachfrage nach Pkws schon in den letzten Jahren nicht gut entwickelt. Insofern darf man nicht alles auf die Finanzkrise schieben. Lediglich bei der Nachfrage aus den USA ist die Finanzkrise eine Ursache. Aber hier spielt auch der Höhenflug des Euro eine Rolle, der ja bereits wieder rückläufig ist.

Die Industrie-
» produktion wäre <<
auch ohne Finanz-
krise rückläufig.

Wie beurteilen Sie die geplanten Steuernachlässe für Neuwagen?

Ich bezweifle, dass das nachhaltige Wirkungen hat. Jemand, der sein Auto zwei Jahre später gekauft hätte, zieht den Kauf nun vor, aber jemand, der keinen Autokauf geplant hat, der wird sich dadurch nicht überreden lassen.

Sollte die Politik überhaupt Maßnahmen ergreifen, um die allgemeine Nachfrage wieder anzukurbeln?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das nicht sinnvoll ist. Zum Beispiel haben Anreize wie die degressive Abschreibung, die nur noch bis 2007 möglich war, zu Vorzieheffekten von Käufen geführt. Offenbar hat man durch diese staatlichen Maßnahmen die Vorzieheffekte in eine Zeit mit großer Nachfrage und damit in die falsche Zeit gesetzt. Hätte man damals nicht so viele Anreize gesetzt, wäre es nicht zu dieser Überhitzung in den letzten beiden Jahren gekommen, und wir hätten heute nicht diesen drastischen Rückgang.



Dr. Dorothea Lucke
Externe Mitarbeiterin
in der Abteilung
Konjunktur
am DIW Berlin

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Tabelle 1

Produktion und Auftragseingänge im produzierenden Gewerbe¹

	Struktur ² in Prozent	Produktion ³ Veränderungen in Prozent gegenüber dem Vorjahr			Exportquote ⁴ in Prozent	Auftragseingang ⁵ Veränderungen in Prozent gegenüber dem Vorjahr				
		2007	1.Vj. 08	2.Vj. 08		3.Vj. 08	2007	Insgesamt	Inland	Ausland
								3.Vj. 08		
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	100,0	5,0	3,3	-0,2	-	-	-	-		
Vorleistungsgüterproduzenten	41,5	5,2	3,8	8,6	43,5	-0,8	0,0	-1,6		
Investitionsgüterproduzenten	39,5	7,8	6,0	8,4	59,6	-5,3	-2,0	-7,8		
Gebrauchsgüterproduzenten	3,5	-0,4	0,1	2,4	38,3	-3,7	-2,1	-6,2		
Verbrauchsgüterproduzenten	16,4	1,1	-2,3	3,1	24,9	-3,5	-2,2	-5,6		
Energie	9,1	2,3	0,3	-4,6	-	-	-	-		
Bergbau ⁶	1,4	-4,7	-9,0	1,7	10,6	-	-	-		
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	0,8	-7,3	-13,9	6,1	3,0	-	-	-		
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	0,3	-4,4	-8,6	-1,2	9,9	-	-	-		
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	0,4	2,7	-0,2	-4,7	30,4	-	-	-		
Verarbeitendes Gewerbe	101,9	5,2	3,6	7,3	46,2	-3,4	-1,1	-5,6		
Ernährungsgewerbe	7,8	1,3	-1,8	2,4	18,0	-	-	-		
Tabakverarbeitung	0,2	-31,1	-30,5	0,9	9,4	-	-	-		
Textilgewerbe	0,9	1,0	-1,6	1,8	44,3	-6,9	-8,4	-4,9		
Bekleidungsgewerbe	0,3	-12,2	-21,5	-10,6	39,3	-7,0	-8,7	-4,9		
Ledergewerbe	0,2	1,1	-6,7	11,8	33,2	-13,8	-19,7	1,6		
Holzgewerbe	1,4	0,8	-2,7	1,7	31,5	-3,2	-1,8	-6,5		
Papiergewerbe	2,4	1,1	-0,1	9,8	40,9	-2,2	-0,2	-5,1		
Verlags- und Druckgewerbe	3,9	-1,1	-0,9	-1,3	10,1	-0,5	0,0	-3,0		
Mineralölverarbeitung, Kokerei	1,4	0,3	1,5	-0,6	10,9	-	-	-		
Chemische Industrie	9,9	2,2	-0,8	5,8	55,9	-3,2	-3,1	-3,2		
Gummi- und Kunststoffwaren	4,7	1,5	1,0	6,9	41,6	-1,9	-0,2	-4,7		
Glas, Keramik, Steine und Erden	3,1	-2,9	-3,3	10,0	32,5	0,9	1,5	-0,3		
Metallerzeugung und -bearbeitung	4,0	2,6	4,4	6,8	39,8	-3,4	-1,8	-6,0		
Metallverarbeitung	9,2	7,7	6,5	10,0	32,6	-0,3	2,3	-6,6		
Maschinenbau	15,7	7,6	8,4	10,6	59,0	-2,2	1,1	-4,5		
EDV-Geräte, Büromaschinen	1,7	29,2	32,1	42,4	37,7	8,5	26,2	-23,4		
Elektrotechnik	8,4	5,9	4,6	8,4	42,7	0,5	4,8	-5,6		
Medientechnik	5,1	22,4	14,0	14,0	60,5	-3,0	-1,3	-4,1		
Mess- und Regeltechnik	4,0	7,9	4,6	5,3	60,4	1,0	6,4	-2,8		
Kraftwagenbau	13,0	4,5	0,3	7,1	63,4	-12,0	-12,6	-11,6		
Sonstiger Fahrzeugbau	2,4	7,3	9,2	-2,3	59,9	15,4	-10,4	30,1		
Möbel, Spielwaren	2,0	0,9	0,4	3,7	29,8	-37,6	-37,6	-37,4		
Recycling	0,3	6,7	13,3	17,4	30,9	-	-	-		
Energieversorgung	6,6	3,7	2,2	-6,6	-	-	-	-		

¹ Ohne Baugewerbe.² Anteile an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des produzierenden Gewerbes ohne Bauleistungen. Abweichungen in den Summen durch Rundung.³ Produktionsindex, 2000 = 100, arbeitstäglich bereinigt.⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Betriebe des jeweiligen Sektors.⁵ Volumenindex, 2000 = 100.⁶ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Investitionsgüterproduzenten: Ende des Investitionsbooms in Deutschland

In den Jahren 2006 und 2007 erfuhr Deutschland einen gewaltigen Investitionsboom. Voll ausgelastete Kapazitäten in den Unternehmen erforderten Investitionen in Ausrüstungen und Bauten. Die Investitionen ballten sich in diesen Jahren zusätzlich durch das Auslaufen der Eigenheimzulage, der Einführung strengerer EU-Abgasnormen für Nutzfahrzeuge, der Mehrwertsteuererhöhung und 2007 noch besonders durch das Auslaufen der degressiven Abschreibung zum Jahresende.

Vor dem Hintergrund der Stärke des Investitionsbooms in den Jahren 2006 und 2007 kann die Abschwächung der inländischen Nachfrage bei den Investitionsgüterproduzenten im Verlauf dieses Jahres als normaler zyklischer Verlauf gewertet werden. Die nachlassende Nachfrage aus dem Ausland nach deutschen Investitionsgütern (-1,4 Prozent im Durchschnitt der ersten drei Quartale gegenüber dem Vorjahresniveau) beruht auf einem sich stark abschwächenden weltwirtschaftlichen Wachstum, für das vor allem die Entwicklungen in den USA, Japan und Europa ursächlich sind.

Tabelle 2

Saisonbereinigte Produktion¹ und Auftragseingänge² in den Hauptgruppen und in ausgewählten Branchen des verarbeitenden Gewerbes

Veränderung gegenüber der Vorperiode in Prozent

	2007	3.Vj. 07	4.Vj. 07	1.Vj. 08	2.Vj. 08	3.Vj. 08
Produktion						
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	6,1	2,1	0,7	1,2	-0,8	-1,3
Vorleistungsgüterproduzenten	7,7	2,3	0,5	1,8	-0,7	-0,9
Investitionsgüterproduzenten	8,4	2,5	2,0	2,0	-0,6	-2,1
Gebrauchsgüterproduzenten	1,4	2,7	-1,7	0,2	-1,3	-2,5
Verbrauchsgüterproduzenten	3,0	0,5	0,3	-0,1	-3,0	0,5
Energie	-2,2	2,3	-1,6	-2,4	2,0	-2,5
Verarbeitendes Gewerbe	6,9	2,1	0,9	1,5	-1,0	-1,2
Ernährungsgewerbe	2,0	0,3	-0,4	1,8	-3,3	0,7
Chemische Industrie	5,2	1,3	-0,6	0,1	-1,5	0,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	5,6	0,9	2,0	0,9	0,6	-3,2
Metallverarbeitung	8,6	2,3	0,5	3,3	0,4	-3,6
Maschinenbau	9,9	3,6	1,0	3,4	0,1	-0,8
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	9,3	3,2	2,2	0,9	0,8	-0,4
Kraftwagenbau	7,6	1,7	0,4	0,9	-2,6	-3,0
Auftragseingang Inland						
Vorleistungsgüterproduzenten	6,1	-0,2	2,6	0,4	-1,5	-2,6
Investitionsgüterproduzenten	-0,4	0,1	4,3	-1,7	-2,0	-3,7
Gebrauchsgüterproduzenten	-5,9	2,6	-2,5	1,5	-0,7	-2,3
Verbrauchsgüterproduzenten	-1,5	-1,3	-0,8	0,2	-1,5	-1,0
Verarbeitendes Gewerbe	-0,2	-0,1	2,9	-0,5	-1,7	-3,0
Chemische Industrie	-3,6	-0,4	0,5	-0,2	-2,5	-1,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	5,3	-6,6	15,3	-9,2	-1,2	-6,4
Metallverarbeitung	3,6	3,1	3,8	-1,0	6,0	-7,3
Maschinenbau	0,1	1,2	1,6	2,3	-2,2	-1,8
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	6,1	2,3	3,2	3,7	-2,5	-2,4
Kraftwagenbau	-1,5	0,3	4,2	-7,1	-3,1	-8,0
Auftragseingang Ausland						
Vorleistungsgüterproduzenten	8,4	2,1	0,8	-1,8	-1,2	-0,4
Investitionsgüterproduzenten	34,6	-4,5	8,1	-2,7	-6,3	-7,6
Gebrauchsgüterproduzenten	27,9	2,0	9,3	-11,7	-1,5	-2,6
Verbrauchsgüterproduzenten	43,0	-0,6	0,3	-4,1	-0,4	-2,3
Verarbeitendes Gewerbe	34,9	-2,1	5,3	-2,7	-4,3	-4,8
Chemische Industrie	12,3	-0,2	1,7	-2,4	-1,1	-2,3
Metallerzeugung und -bearbeitung	9,7	2,0	5,2	-3,1	-0,9	-8,6
Metallverarbeitung	53,6	0,7	16,6	-2,0	-13,7	-6,4
Maschinenbau	44,3	1,3	4,3	-1,8	-6,0	-1,8
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	9,0	0,7	4,8	-4,1	-2,6	-2,6
Kraftwagenbau	30,1	2,5	1,6	-0,5	-3,9	-10,1

¹ Produktionsindex 2000 = 100, arbeitstäglich bereinigt.² Volumenindex 2000 = 100.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Aufgrund der hohen Auftragsbestände bei voll ausgelasteten Kapazitäten liegt die Produktion der Investitionsgüterproduzenten in den ersten drei Quartalen zwar noch 4,9 Prozent über dem Vorjahresniveau, im Jahresverlauf zeigt sie jedoch eine rückläufige Bewegung.

Die beschriebene Entwicklung bei den Investitionsgüterproduzenten insgesamt wird vom *Maschinenbau*, der wichtigsten Investitionsgüter produzierenden Branche, geprägt (Abbildung 2). Hier liegt die Nachfrage aus dem Ausland (Inland) in den ersten drei Quartalen 0,7 Prozent (2,3 Prozent) über dem Vorjahresniveau – bei

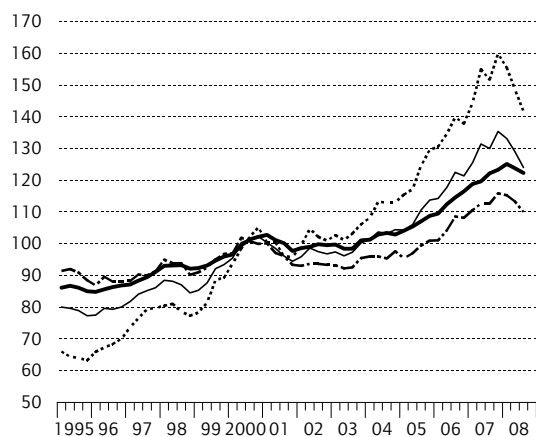
gleichzeitigem Rückgang im Jahresverlauf. Die Produktion wurde in diesem Zeitraum sogar noch um 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet. Die Wachstumsrate der Produktion für das gesamte Jahr 2008 wird angesichts der hohen Auftragsbestände bei voll ausgelasteten Kapazitäten trotz der wohl weiter rückläufigen Nachfrage im vierten Quartal 2008 mit 5,5 Prozent nur wenig darunter liegen (Tabelle 3). Die hohen Auftragsbestände werden die Produktion auch im kommenden Jahr noch etwas stützen, für die erwarteten Produktionseinschränkungen von etwa zwei Prozent wird die geringe Investitionsgüternachfrage ausschlaggebend sein.

Abbildung 1

Auftragseingang und Produktion nach Hauptgruppen

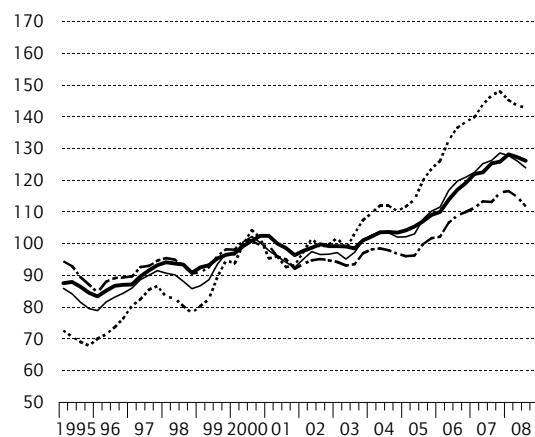
Verarbeitendes Gewerbe

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



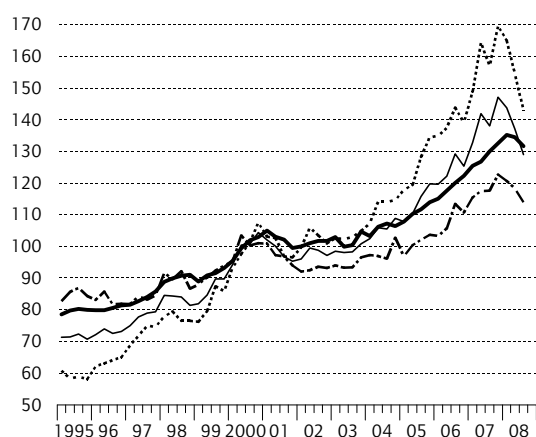
Vorleistungsgüterproduzenten

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



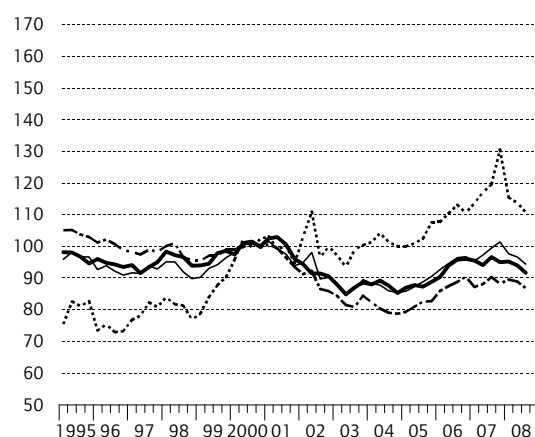
Investitionsgüterproduzenten

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



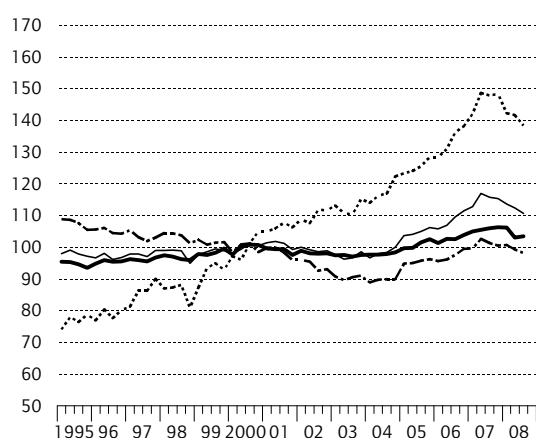
Gebrauchsgüterproduzenten

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



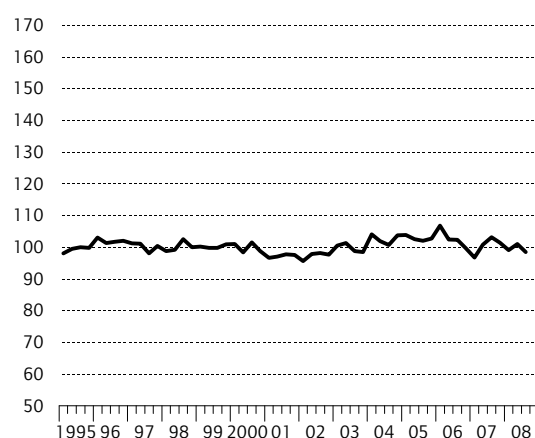
Verbrauchsgüterproduzenten

Index 2000 = 100, saisonbereinigt



Energie

Index 2000 = 100, saisonbereinigt

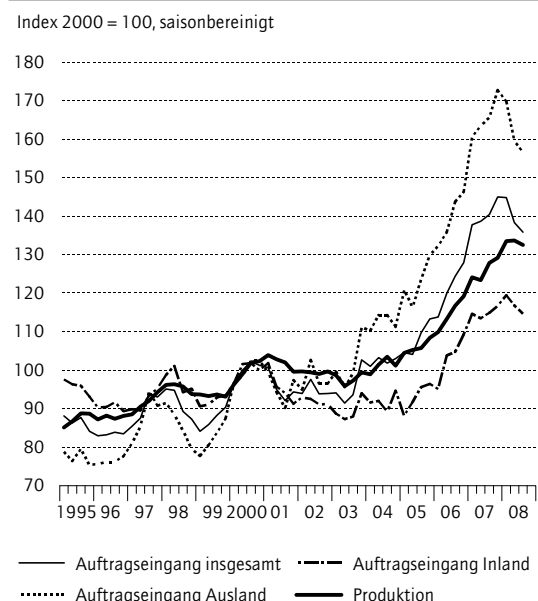


— Auftragseingang insgesamt - - - Auftragseingang Inland Auftragseingang Ausland — Produktion

Abbildung 2

Maschinenbau

Auftragseingang und Produktion



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2008

Der *Kraftwagenbau* zählt zwar insgesamt zu den Investitionsgüterproduzenten, bedient jedoch sehr unterschiedliche Nachfragegruppen. Der Nutzfahrzeugbereich als klassische Investitionsgüterproduktion erzielte in den letzten Jahren im Zuge des weltweiten Investitionsbooms sehr hohe Wachstumsraten im In- und Ausland.⁴ Nach dieser langen und kräftigen Boomphase überrascht der heftige Rückgang der Nachfrage nach und der Produktion von Nutzfahrzeugen seit Jahresbeginn nicht. Der zyklische Rückgang erklärt einen nicht unerheblichen Teil der Entwicklung des Produktionsindex der Sparte „Kraftwagen und -motoren“. Die Nachfrage nach Pkw ist von anderen Entwicklungen geprägt. Die Nachfrage aus dem Ausland ist im Verhältnis zu anderen Branchen sehr stark abhängig von Veränderungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.⁵ Die sich über zweieinhalb Jahre bis Mitte 2008 hinziehende Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Nachfrage aus dem Ausland nach deutschen Pkw geschwächt. In diesem Jahr kommt noch

⁴ Ein Anhaltspunkt dafür ist der Produktionsindex der Sparte „Karosserien und Aufbauten“, der sich von 2003 bis 2007 in etwa verdoppelt hat. Der überwiegende Teil der Nutzfahrzeugproduktion wird allerdings zusammen mit der Pkw-Produktion in der Sparte „Kraftwagen und -motoren“ erfasst.

⁵ Zu diesem Ergebnis kommen Untersuchungen, bei denen mit multivariaten Zeitreihenmodellen die Abhängigkeit der Industriebranchen vom Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, geschätzt wurde. Vgl. Lucke, D.: Sektoraler Auslandsabsatz reagiert unterschiedlich auf Wechselkursveränderungen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 39/2004.

Tabelle 3

Produktionsentwicklung¹ 2007 bis 2009

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2007	2008 ²	2009 ²
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	6,1	1,8	-0,7
Verarbeitendes Gewerbe	6,9	1,9	-0,7
Ernährungsgewerbe	2,4	-0,4	0,5
Chemische Industrie	5,3	0,0	0,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	5,6	0,8	-2,0
Metallverarbeitung	8,6	4,3	-1,0
Maschinenbau	9,8	5,5	-2,0
Elektro-, Medien-, Regeltechnik	9,3	4,0	1,6
Kraftwagenbau	7,6	-1,0	-2,0
Energieversorgung	-3,5	1,2	0,5

¹ Arbeitstäglich bereinigt.² Prognose der Industrietagung des DIW Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

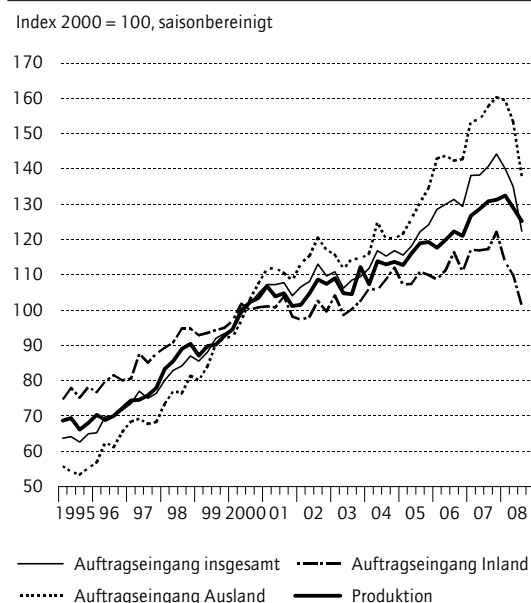
die nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik verschärfend hinzu. Die Kraftwagennachfrage aus dem Ausland liegt deshalb im Durchschnitt der ersten drei Quartale 3,0 Prozent unter dem Vorjahresniveau (Abbildung 3).

Im Inland wird sich 2008 die schwache Entwicklung der Vorjahre fortsetzen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind – trotz des Anstiegs der Beschäftigung – aufgrund von Preissteigerungen real gesunken. Damit ging auch ein

Abbildung 3

Kraftwagenbau

Auftragseingang und Produktion



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2008

Rückgang der Nachfrage nach Pkw einher. Am aktuellen Rand dürfte die Verunsicherung durch die Finanzkrise zu weiterer Kaufzurückhaltung geführt haben. Außerdem hat wohl auch die Unsicherheit darüber, wie die Kfz-Steuer künftig bemessen wird, die Nachfrager abwarten lassen.

Da im laufenden Jahr alle Nachfragedeterminanten des Kraftwagenbaus in eine negative Richtung zeigen, weist auch die Produktionsentwicklung in diesem Bereich nach unten. Die Produktion von Kraftwagen liegt im Durchschnitt der ersten drei Quartale nur noch 0,1 Prozent über dem Vorjahresniveau und wird Ende 2008 ein Prozent unter der Vorjahresproduktion liegen. Von der Nachfrage nach Nutzfahrzeugen sind im kommenden Jahr keine Impulse zu erwarten, sodass für die Dynamik der Branche die Nachfrage nach Pkw verantwortlich sein wird. Bei einer erwarteten Steigerung der verfügbaren Einkommen und nachlassender Inflationsrate wird sich die Nachfrage nach Pkw aus dem Inland beleben. Von dem schwächeren, aber nach wie vor positiven weltwirtschaftlichen Wachstum, das im kommenden Jahr durch die Schwellenländer getragen werden wird, und von dem Wiedererstarken des US-Dollars werden leicht positive Impulse auf die Pkw-Nachfrage aus dem Ausland ausgehen. Deshalb kann zwar von einer Erholung der Produktion im Verlauf des Jahres 2009 im Vergleich zu 2008 ausgegangen werden, im Jahresdurchschnitt 2009 würde dies aber immer noch eine Produktionseinschränkung von etwa 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr implizieren.

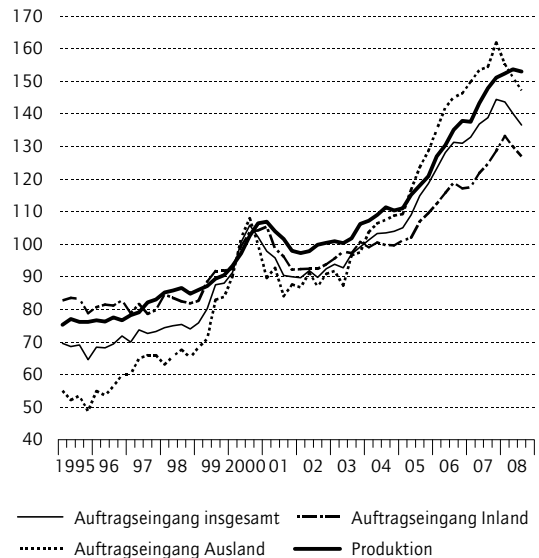
Die *Elektrotechnik i. w. S.* umfasst die Wirtschaftszweige Elektrotechnik i. e. S. (48 Prozent), die Medientechnik (29 Prozent) sowie die Bereiche Medizin-, Mess- und Regeltechnik (23 Prozent) (Abbildung 4). Die Unternehmen der Elektrotechnik i. e. S. und der Medizin-, Mess- und Regeltechnik produzieren bei rückläufigen Auftragseingängen noch mit überdurchschnittlicher Kapazitätsauslastung und arbeiten gegenwärtig einen überdurchschnittlich großen Auftragsbestand ab. Ihre Produktion liegt in den ersten drei Quartalen etwa vier Prozent über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Laufe des vierten Quartals und zum Jahresbeginn 2009 wird der Nachfragerückgang sich aber auch auf die Produktion auswirken.

Die Medientechnik wird geprägt durch die Herstellung elektronischer Bauelemente. Der Produktionsindex dieser Sparte weist in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Wachstum um fast 25,8 Prozent aus. Aufgrund der Schwierigkeit, die Preisentwicklung

Abbildung 4

Elektrotechnik i. w. S.¹ Auftragseingang und Produktion

Index 2000 = 100, saisonbereinigt

¹ Elektrotechnik, Medientechnik, Mess- und Regeltechnik.Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

bei elektronischen Bauelementen korrekt zu erfassen, ist dieser Wert wahrscheinlich nach oben verzerrt. So liegt der Volumenindex des Umsatzes in dieser Sparte in den ersten drei Quartalen nur um 12,1 Prozent höher als im Vorjahr. Der in diesem Zeitraum um 5,0 Prozent gesunkene Wertindex des Umsatzes schließlich zeigt, dass die Hersteller von elektronischen Bauelementen als Zulieferindustrie der gesamten Investitionsgüterindustrie das Ende des weltweiten Investitionsbooms deutlich spüren.

Insgesamt dürfte die Produktion der Elektrotechnik i. w. S. im Jahr 2008 um vier Prozent und im kommenden Jahr um etwa ein bis zwei Prozent steigen.

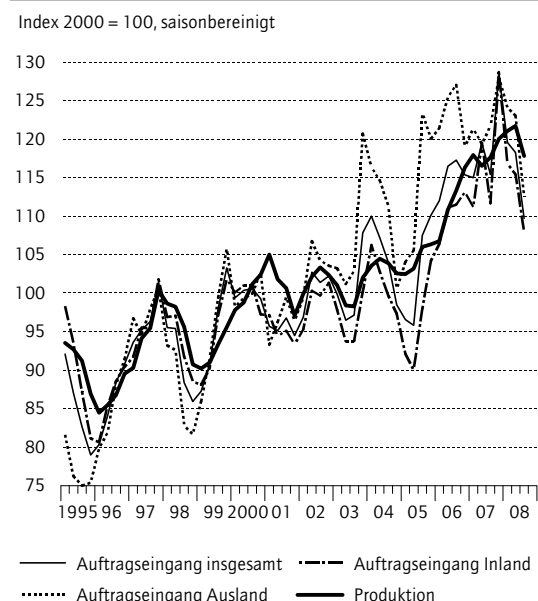
Vorleistungsgüterproduzenten: Beruhigung an der Preisfront bei weltweit rückläufiger Nachfrage

In den Jahren 2005 bis 2007 haben die Vorleistungsgüterproduzenten direkt und indirekt als Zulieferer der inländischen Investitionsgüterproduzenten von dem starken Wachstum der Weltwirtschaft und dem Investitionsboom im Inland profitiert. Das Ende des weltweiten Investitionsbooms hat die Nachfrage nach Vorleistungsgütern im Jahresverlauf 2008 fallen lassen. Die Auftrags-eingänge aus dem Ausland (Inland) liegen in den

Abbildung 5

Metallerzeugung und -bearbeitung

Auftragseingang und Produktion



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2008

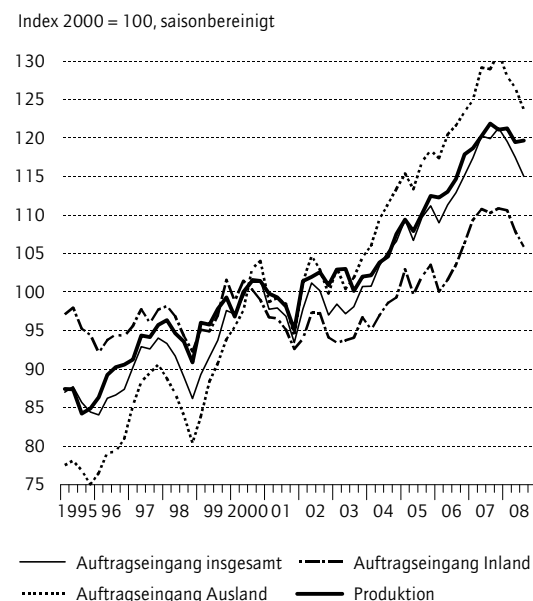
ersten drei Quartalen nur noch um 0,2 Prozent (1,6 Prozent) über dem Vorjahresniveau. Auch bei den Vorleistungsgüterproduzenten stützen zum Teil noch große Auftragsbestände bei einer hohen Kapazitätsauslastung die Produktion. Sie liegt in den ersten drei Quartalen noch 3,2 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Die Nachfrage aus dem In- und Ausland nach Gütern der *Metallerzeugung und -bearbeitung* (Abbildung 5) weist seit Anfang des Jahres einen kräftigen Rückgang auf. Die Lagerbestände an Stahl liegen 2008 deutlich über dem Niveau von 2007 und werden von den nachfragenden Unternehmen immer mehr als überdimensioniert bewertet. Dies lässt einen Abbau der Lager erwarten, sodass die Nachfrage nach Gütern der Metallerzeugung und -bearbeitung weiter gedämpft wird. Hinzu kommt, dass zunehmend Stornierungen von Aufträgen befürchtet werden, sodass trotz derzeit hoher Auftragsbestände bis zum Jahresende mit Produktionseinschränkungen zu rechnen ist. Da in den ersten drei Quartalen die Produktion noch 2,4 Prozent über dem Vorjahreszeitraum lag, ist im Jahresdurchschnitt 2008 mit einem Wachstum von 0,8 Prozent zu rechnen. Auch 2009 werden die Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung noch etwas von den hohen Auftragsbeständen der Boomphase profitieren. Die stark rückläufige Nachfrage wird die Produktion allerdings um etwa zwei Prozent geringer ausfallen lassen als 2008.

Abbildung 6

Chemische Industrie

Auftragseingang und Produktion



Quelle: Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2008

Die *chemische Industrie*, die fast alle Branchen des produzierenden Gewerbes mit Vorleistungen bedient, spürt die Abschwächung des weltwirtschaftlichen Wachstums und des Wachstums in Deutschland deutlich (Abbildung 6). Die Auftragseingänge aus dem Ausland (Inland) sind in den ersten drei Quartalen um 1,2 Prozent (1,9 Prozent) zurückgegangen. Auch die zu den Verbrauchsgüterproduzenten gerechnete pharmazeutische Industrie hat seit Anfang des Jahres einen starken Nachfragerückgang erfahren. Mit der weltweiten Abschwächung geht der Rückgang der Rohstoffpreise einher, was die Unternehmen der chemischen Industrie auf der Kostenseite entlastet. Der gegenüber dem Euro aufwertende Dollar erhöht außerdem ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten. Die negativen konjunkturellen und die positiven preislichen Einflussfaktoren lassen in diesem und im kommenden Jahr eine Stagnation der Produktion erwarten, was für 2009 eine Erholung im Jahresverlauf bedeuten würde.

**Gebrauchsgüterproduktion:
 Kräftiger Einbruch der Nachfrage
 auf den Auslandsmärkten**

Zur Gebrauchsgüterindustrie zählen vor allem die Möbelindustrie (43 Prozent), die Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten (19 Prozent) und die Herstellung von Rundfunk- und Fern-

sehgeräten (17 Prozent). Die Möbelindustrie profitierte in den vergangenen Jahren mit ihrer Büro- und Ladenmöbelsparte von den sich günstig entwickelnden gewerblichen Bauinvestitionen. Seit dem Ende dieses Booms sinkt auch die Nachfrage nach diesen Produkten. Da sich die realen verfügbaren Einkommen 2008 negativ entwickeln, bleibt die private Möbelnachfrage schwach. Mit der Nachfrage ist auch die Produktion von Möbeln seit Jahresbeginn rückläufig. Die anderen beiden großen Gebrauchsgütersektoren, elektrische Haushaltsgeräte sowie Rundfunk- und Fernsehgeräte, sind fast vollkommen vom privaten Verbrauch abhängig und leiden deshalb ebenfalls unter der andauernden Konsumflaute. Die Nachfrage aus dem Ausland nach deutschen Gebrauchsgütern insgesamt hatte sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt, weist aber seit Beginn des Jahres einen deutlichen Nachfragerückgang auf. Hier haben der hohe Kurs des Euro gegenüber dem US-Dollar und die nachlassende Konjunktur in Europa, Japan und den USA eine Rolle gespielt. Am aktuellen Rand dürfte auch die Verunsicherung durch die internationale Finanzkrise zu Kaufzurückhaltung geführt haben. Im Zuge des Nachfragerückgangs wurde die Produktion von Gebrauchsgütern im Verlauf des Jahres in Deutschland zurückgefahren. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich insgesamt ein Produktionsrückgang von 2,3 Prozent ergeben. Im nächsten Jahr ist nicht mit einer wesentlichen Besserung zu rechnen. Die Auslandsnachfrage für die relativ hochpreisigen deutschen Gebrauchsgüter kommt vor allem aus dem Euroraum, der sich im kommenden Jahr aber nur schwach entwickeln wird. Die prognostizierte positive Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen in Deutschland wird zum Teil für Konsumgüterimporte verwendet werden. Es wird deshalb für 2009 ein Produktionsrückgang von etwa zwei Prozent für die Gebrauchsgüterindustrie erwartet.

Verbrauchsgüterproduktion: Einkommensanstieg ermöglicht Erholung im kommenden Jahr

An der Produktion von Verbrauchsgütern hat das Ernährungsgewerbe mit 45 Prozent den bei weitem größten Anteil, die pharmazeutische Industrie und das Druckgewerbe folgen mit Anteilen von 14 und 12 Prozent.

Die Auslandsumsätze mit Nahrungsmitteln lagen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 trotz des starken Anstiegs der Ausfuhrpreise real über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Bei den Inlandsverkäufen hatten die Unternehmen des Ernährungsgewerbes in den ersten drei Quartalen

– vor dem Hintergrund neun Prozent höherer Erzeugerpreise im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – reale Umsatzeinbußen hinzunehmen. Dies zeigt deutlich den Nachfragerückgang im Inland. Da die Exportquote im Ernährungsgewerbe nur 18 Prozent beträgt, wurde im Jahresverlauf die Produktion zurückgefahren.

Im Durchschnitt der ersten drei Quartale ist die Verbrauchsgüterproduktion um 1,2 Prozent geschrumpft. Mit diesem Rückgang ist auch im Jahresdurchschnitt zu rechnen. Im kommenden Jahr werden die Impulse aus dem Ausland weiterhin schwach sein. Die Inlandsnachfrage, vor allem nach Nahrungsmitteln, wird sich aufgrund der steigenden verfügbaren Realeinkommen etwas erholen. Es ist nur noch mit einem geringfügigen Produktionsrückgang von knapp einem halben Prozent zu rechnen.

Ausblick

Mit dem Jahreswechsel 2007/2008 hat der Aufschwung in der Industrie seinen Höhepunkt überschritten. Die Auftragseingänge sind seither in den meisten Branchen rückläufig. Allerdings federn die hohen Auftragsbestände bei einer immer noch überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung in einigen Branchen die Auswirkungen der rückläufigen Nachfrage auf die Produktion deutlich ab. Im Jahresdurchschnitt 2008 wird die Produktion im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) deshalb noch um 1,8 Prozent über dem Vorjahr liegen. Bei rückläufigen Auftragseingängen steigt die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe bis zum aktuellen Rand stetig an. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 hat sie im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt um 2,6 Prozent zugenommen, mit den bedeutendsten Zuwächsen in der Metallverarbeitung (5,7 Prozent) und im Maschinenbau (5,3 Prozent).

Für die Entwicklung im kommenden Jahr ist die Annahme entscheidend, dass die Finanzkrise im Inland in Bezug auf die Kreditvergabe an den Nichtbankensektor beherrschbar bleibt und sich die durch die Finanzkrise eingetretene weltweite Verunsicherung legt. Dann wird nach einem schwachen Start ins kommende Jahr die Produktionsdynamik in der Industrie langsam wieder zunehmen. Die Nachfrage aus dem Ausland wird angeregt durch die wechsellkursbedingt gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und durch das im Vergleich zu den Industrieländern immer noch kräftige Wachstum in den Schwellenländern. Die inländische Nachfrage nach Verbrauchs- und Gebrauchsgütern wird sich

aufgrund der höheren verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr positiv entwickeln. Allerdings ist der Anteil von Importen bei Käufen von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern in Deutschland sehr hoch.

Insgesamt wird der Produktionsanstieg in der Industrie im Jahresverlauf so schwach bleiben, dass im Jahresdurchschnitt mit einem Rückgang von 0,7 Prozent zu rechnen ist. Das bedeu-

tet, dass der Industriesektor die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bremst. Zudem ist nicht auszuschließen, dass gedämpfte Erwartungen aufgrund der krisenhaften Zuspitzungen auf den Finanzmärkten negative realwirtschaftliche Effekte in den stark miteinander verflochtenen Industriebranchen auslösen. Eine solche Entwicklung würde die deutsche Wirtschaft in einem noch nicht abzuschätzenden Ausmaß zusätzlich belasten.

JEL Classification:
E3

Keywords:
Slow down,
Industrial sector,
Forecasting

Konjunkturprogramm kommt auf dem Bau kaum an

Martin Gornig
mgornig@diw.de

Sebastian Weber
sweber@diw.de

Nach langen Jahren stagnierender und sogar rückläufiger Produktionsentwicklung folgt auf 2006 und 2007 auch 2008 eine positive Gesamtbilanz der Bauwirtschaft. Der konjunkturelle Ausblick auf das Jahr 2009 ist allerdings getrübt. Die deutsche Bauproduktion wird preisbereinigt 2009 fast unverändert auf dem Vorjahresniveau verharren (–0,5 Prozent). Verantwortlich hierfür sind zum einen unverkennbare Abschwächungen der privaten Investitionsneigung. Zum anderen wird das Maßnahmenpaket der Bundesregierung die Nachfrage nach Bauleistungen nicht im erhofften Maße stimulieren. Als Konjunkturprogramm ist es vor allem deshalb ungeeignet, weil es zu eng formuliert ist und damit keine breite Anstoßwirkung auf den Bausektor erreichen kann. In vielen Fällen steigen lediglich die Baupreise. Gleichzeitig taugt das Maßnahmenpaket auch nicht als durchaus notwendiges Infrastrukturprogramm, da es insgesamt zu kurzatmig angelegt ist.

Die Einschätzung der Umsatzentwicklung im Wohnungsbau ist seit 2007 immer schwieriger geworden. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die 2007 zu beobachtende ausgeprägte Strukturveränderung durch den Einbruch der Neubautätigkeit und verstärkte Maßnahmen im Modernisierungsbereich.¹ Die Erfassung der Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen wiederum ist am aktuellen Rand mit großen Unsicherheiten verbunden, da hier vor allem das Ausbaugewerbe die Bauleistungen erbringt, welches in der regelmäßigen Bauberichterstattung nur unzureichend abgebildet wird. Einzige die Auswertungen der Umsatzsteuerstatistik lassen für diesen Bereich des Baugewerbes zuverlässige Einschätzungen der Produktionsleistung zu. Die Umsatzsteuerstatistik liegt jedoch nur mit etwa zweijähriger Verspätung vor. Gegenwärtig sind demnach nur Angaben bis 2006 verfügbar. Entsprechend sind die statistischen Angaben zum Umfang des Wohnungsbaus für 2007 und 2008 als vorläufig einzuschätzen.

Die derzeitigen Berechnungen zum Jahr 2007 und zum ersten Halbjahr 2008 orientieren sich an den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Einige Überlegungen sprechen jedoch dafür, dass die Angaben des Statistischen Bundesamtes die Umsätze im Wohnungsbau am aktuellen Rand deutlich überzeichnen. So zeigen die Angaben zum Produktionsindex der verschiedenen Baustoffgüter für 2007 und 2008 vielfach stark negative Tendenzen, während die realen Umsätze im Wohnungsbau deutlich steigen. Unsicher ist gegenwärtig auch, wie sich die Veränderung der steuerrechtlichen Behandlung von Handwerkerleistungen, die am 1. Januar 2006 in Kraft trat, auf die erfasste Bau-

¹ Vgl.: Gornig, M., Gözlig, B., Steinke, H.: Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe – Berechnungen für das Jahr 2007. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2008.

leistung auswirkt. Die Absetzbarkeit von Bauleistungen in der Einkommensteuererklärung könnte durchaus zu einer Verringerung des Umfangs von Eigenleistungen oder von Schwarzarbeit in diesem Bereich beigetragen haben. Inwieweit dies in die Schätzungen des Statistischen Bundesamtes eingegangen ist, ist offen.

Nach Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist die Entwicklung im Wohnungsbau 2008 deutlich nach oben gerichtet. Allein im ersten Halbjahr sind die Wohnungsbauinvestitionen preisbereinigt um fast drei Prozent gestiegen. Die Erwartungen zum Jahresanfang waren noch deutlich pessimistischer.² Sollten sich die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bestätigen, ist auch für das Gesamtjahr mit einem starken Plus im Wohnungsbau zu rechnen. Selbst wenn man annimmt, dass die Investitionen saisonbereinigt im zweiten Halbjahr deutlich rückläufig waren, ergibt sich aus dem unterjährig Bauüberhang noch ein realer Zuwachs im Wohnungsbau für 2008 von über 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresergebnis (Kasten).

Trübe Aussichten für den Wohnungsbau

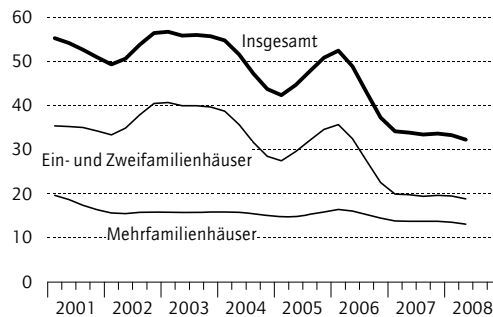
Mittelfristig sind die Aussichten für den Wohnungsbau jedoch eher ungünstig. Insbesondere der Neubaubereich dürfte angesichts vielfach entspannter Wohnungsmärkte weiter einem Abwärtstrend folgen. Dieser trendmäßige Rückgang zeigt sich beispielsweise bei den Baugenehmigungen in West- und Ostdeutschland (Abbildung 1). Weder die Stagnation bei den Genehmigungen im Ein- und Zweifamilienhausbereich noch die leichte Erholung bei den Mehrfamilienhäusern in Ostdeutschland spricht hier für eine Trendwende. Auch die Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Aussichten für das nächste Jahr dämpft die Neubautätigkeit weiter.

Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass sich die Maßnahmen des angekündigten Konjunkturprogramms 2009 positiv auf den Wohnungsbau auswirken (Tabelle 1). Dies dürfte sich allerdings weniger in einer Belebung der Neubautätigkeit niederschlagen. Vielmehr ist zu erwarten, dass es zu spürbaren Auswirkungen im gewichtigen Bereich der Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen kommen wird. Zunehmend spielen dabei Maßnahmen zur Energieeinsparung eine große Rolle. So beinhaltet das angekündigte Maßnahmenpaket der Bundesregierung eine Aufstockung der Mittel für das CO₂-Gebäude-

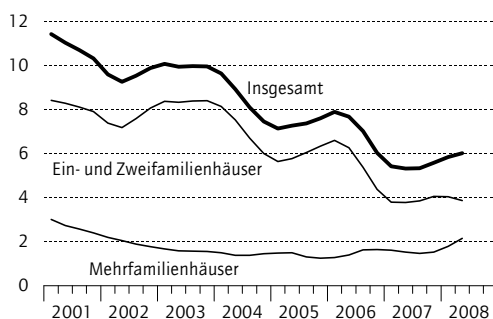
Abbildung 1

Genehmigungen im Wohnungsbau In 1 000 Wohnungen je Quartal¹

Alte Bundesländer



Neue Bundesländer und Berlin



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

sanierungsprogramm in Höhe von drei Milliarden Euro – verteilt über die nächsten drei Jahre. Die zusätzliche Milliarde Euro pro Jahr kann im Rahmen des Programms entweder als zinsbegünstigter KfW-Kredit oder als äquivalenter Zuschuss gewährt werden.

Im Jahr 2007, dem ersten Jahr, in dem auch Zuschüsse gewährt wurden, wurden gut 1,8 Mil-

Tabelle 1

Baurelevante Teile des Maßnahmenpakets der Bundesregierung im Jahr 2009

In Milliarden Euro

Programm	Staatliche Aufwendungen	Zurechenbare Investitionen
CO ₂ -Gebäudesanierung	1,0 ¹	1,1
Kommunales Infrastrukturprogramm	1,0	2,1
Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr	1,0	1,0
Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	0,2	0,1
Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen	0,9 ²	9,0

¹ KfW-Kreditvolumen.

² Geschätzter Steuerausfall.

Quellen: BMWi/BMF: Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärke, Maßnahmenpaket der Bundesregierung; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

² Gornig, M.: Bauwirtschaft: Positiver Trend hält 2008 an. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 16/2008.

Bauvolumensrechnung

Die Bauvolumensrechnung des DIW Berlin bezieht sich auf die Produktion im Bausektor.¹ Bei der Analyse der Entwicklungstendenzen beschränkt sie sich nicht allein auf das Baugewerbe im engeren Sinne; einbezogen sind auch andere Branchen wie der Stahl- und Leichtmetallbau, die Herstellung von Fertigbauten, die Bauschlosserei und spezielle Sparten anderer Wirtschaftsbereiche, die zum Baugeschehen beitragen, bis hin zu den Planungsleistungen und anderen Dienstleistungen. Hier folgt die Abgrenzung weitgehend der Definition der Bauinvestitionen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit dem Unterschied, dass als *Bauvolumen* die gesamte Bauproduktion betrachtet wird, also ohne eine Kürzung um die nicht werterhöhenden Reparaturen.²

Die Prognose der Entwicklungstendenzen des Bauvolumens ist eingebettet in die gesamtwirtschaftliche Konjunkturprognose des DIW Berlin.³ Entsprechend werden in einer ersten Stufe Projektionen der Bauinvestitionen vorgenommen, die konsistent im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dargestellt werden können.

Die Grundlage der Prognose der Bauinvestitionen selbst bilden indikatorengestützte statistische Modelle. Dazu wird die zu prognostizierende Größe, also etwa das Volumen der gewerblichen Bauten, auf einen autoregressiven Term und verzögerte Werte des jeweiligen Indikators regressiert. Die Prognosegleichung nimmt dann generell folgende Form an:

$$y_t = \alpha + \sum_{i=1}^n \beta_i y_{t-i} + \sum_{j=1}^m \gamma_j x_{t-j} + \varepsilon_t$$

Hierbei steht y_t für den zu prognostizierenden Wert zum Zeitpunkt t , x_t ist der Wert des Indikators zum Zeitpunkt t , α , β_i und γ_j sind die zu schätzenden Parameter und ε_t stellt den statistischen Störterm dar. Die optimalen Verzögerungsstrukturen n und m werden anhand von Autokorrelations- beziehungsweise Kreuzkorrelationsfunktionen bestimmt.

1 Die Arbeiten zur Bauvolumensrechnung werden durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert.

2 Weitere Details zur Struktur der Bauvolumensrechnung siehe Bartholmai, B., Gornig, M.: Bauwirtschaft auf Wachstumskurs. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 47/2006.

3 Vgl. zur Methode Rapach, D. E., Wohar, M. E.: Forecasting the Recent Behaviour of U.S. Business Fixed Investment Spending: An Analysis of Competing Models. Journal of Forecasting, Vol. 26, 2007, 33–51. Aktuelle Ergebnisse finden sich bei Dreger, C., Kooths, S., Weber, S., Zinsmeister, F.: Herbstgrundlinien: Realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise beherrschbar. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008.

Als geeignete Indikatoren für die Prognose des Wohnungsbaus haben sich die Auftragsbestände und die Baugenehmigungen ergeben, während für den Wirtschaftsbau die Ausrüstungsinvestitionen, die Kapazitätsauslastung der gewerblichen Wirtschaft sowie die Aufträge beziehungsweise Baugenehmigungen für Nicht-Wohnbauten verwendet werden.⁴ Der öffentliche Bau wird hingegen nicht mit Hilfe von Indikatoren bestimmt. Die Höhe öffentlicher Baumaßnahmen ist eine politische Entscheidung, die je nach Entscheidungsebene nach recht unterschiedlichen Kriterien gefällt wird. Dementsprechend wird die Entwicklung des öffentlichen Baus aus der Prognose des Staatskontos abgeleitet, da hier sowohl die Einnahmen des Staates als auch angekündigte Konjunkturprogramme berücksichtigt werden.

Die unterschiedlichen Indikatoren führen zu teilweise recht unterschiedlichen Ergebnissen. Darüber hinaus sind die Bauinvestitionen stark durch rechtliche Rahmenbedingungen, zum Beispiel dem Wegfall der Eigenheimzulage, geprägt, deren Änderung durch die Verwendung dieser Modelle nur unzureichend abgebildet werden kann. Deshalb dienen diese statistischen Verfahren nur als Anhaltspunkt für die tatsächliche Prognose. Das Bild der einzelnen Aggregate der Bauinvestitionen wird dann in einem nächsten Schritt abgestimmt mit den übrigen Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Im letzten Schritt werden die Ergebnisse zur Investitionsprognose in das Schema der Bauvolumensrechnung übertragen. Dazu werden unter Beachtung der Besonderheiten nichtinvestiver Bauleistungen im Konjunkturverlauf die nachfrageseitigen Entwicklungstrends verwendet. Zur Differenzierung nach weiteren strukturellen Merkmalen werden die stärker untergliederten Informationen zu den Baugenehmigungen und zum Auftragsbestand verwendet. So lassen sich Abschätzungen für die unterschiedliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland sowie in einzelnen Produzentengruppen wie dem Bauhaupt- und dem Ausbaugewerbe aufzeigen.

Erkenntnisse über die strukturelle Darstellung des Konjunkturbildes werden dann wiederum bei der Formulierung der Annahmen für das Regressionsmodell zur Abschätzung der Gesamtinvestitionen genutzt.

4 Vgl. Döpke, J. et al.: Indikatoren zur Prognose der Investitionen in Deutschland. Kieler Arbeitspapier Nr. 906, 1999.

liarden Euro als Kredit und nur 15 Millionen Euro als Zuschuss gewährt.³ Da dieser Teil des Programms vernachlässigbar klein ist, braucht für die Auswirkungen auf den Bau lediglich die Kreditvergabe betrachtet zu werden. Die Kredite können dabei bis zu 100 Prozent des Investitionsvolumens ausmachen. Betrachtet man den Multiplikator für den Bau, also das Verhältnis von Investitionsvolumen im Bausektor zu staatlichen Geldern, der einen Wert von 1,1, könnten durch dieses Programm bis zu 1,1 Milliarden Euro zusätzlicher Nachfrage im Bausektor entstehen. Allerdings ist fraglich, ob die Mittel in der gesamten Höhe abgefragt werden. Während im Jahr 2006 noch fast 3,4 Milliarden Euro an Krediten gewährt wurden, sank das Volumen 2007 auf gut 1,8 Milliarden Euro. Darüber hinaus dürften die eingetretenen Preissteigerungen dämpfend auf die Nachfrageentwicklung wirken.

Ein weiterer Punkt des Maßnahmenpaketes ist die Heraufsetzung des absetzbaren Höchstbetrags für haushaltsnahe Handwerkerleistungen gemäß § 35a Abs. 2 Satz 2 EStG von 600 auf 1 200 Euro. Da die Steuerermäßigung 20 Prozent der Arbeitskosten beträgt, ist der Multiplikator fünf. Da die Arbeitskosten rund die Hälfte des Umsatzes bei Handwerksleistungen ausmachen, ist der gesamte Multiplikator zehn. Vom Finanzministerium werden für 2010 Mindereinnahmen von 900 Millionen Euro erwartet, sodass Investitionen von neun Milliarden Euro zurechenbar sind.⁴ Allerdings ist fraglich, inwieweit neue Investitionen durch diese Maßnahme angestoßen werden und welcher Anteil auf reine Mitnahmeeffekte entfällt. Da es sich um eine Erhöhung des absetzbaren Betrags und nicht um eine Änderung des Ermäßigungssatzes handelt, sind nur größere Investitionen von der Neuregelung betroffen. Hier wird unterstellt, dass die Neuregelung zu keiner Ausweitung der Nachfrage führt, die Ausweitung aber zu einer Stabilisierung beiträgt.

Der Wohnungsbau insgesamt wird die Baukonjunktur im nächsten Jahr negativ belasten. Der Auftragseingang im Wohnungsbau ist in Westdeutschland bereits zum Jahresende 2008 rückläufig (Abbildung 2 und 3). Für das Jahr 2009 wird ein Rückgang der realen Produktion im Wohnungsbau erwartet. In Westdeutschland dürfte dabei die Rückbildung der Nachfrage stärker durchschlagen als in Ostdeutschland, wo die Nachfrageentwicklung seit einigen Jahren deutlich weniger konjunkturelle Ausschläge zeigt.

Stabilität im Wirtschaftsbau

Für den Wirtschaftsbau weist die Statistik bis zum aktuellen Rand die günstigsten Produktionsdaten auf. Nach Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung waren allein im zweiten Quartal 2008 noch reale Produktionszuwächse im Wirtschaftsbau von nahezu zehn Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Der Bestand an Auftragseingängen lässt auch für das Gesamtjahr einen positiven Abschluss erwarten. Der Zuwachs im Wirtschaftsbau dürfte für Deutschland insgesamt in diesem Jahr bei über drei Prozent liegen.

Auch mittelfristig steigt die Zahl der Genehmigungen von Fabrik- und Werkstattgebäuden ebenso wie die von Bürogebäuden und Handels-/Lagergebäuden seit 2005 (Abbildung 4). Dies gilt insbesondere für die Entwicklung in Westdeutschland. Aber auch in den neuen Bundesländern und Berlin legen die Genehmigungen von Nichtwohngebäuden seit 2007 spürbar zu. Beim Auftragseingang im Hochbau ist die Entwicklung in Ostdeutschland allerdings verhaltener geworden. Auch beim gewerblichen Tiefbau geht die Dynamik bundesweit zurück.

Für das Jahr 2009 dürfte trotz der aktuellen konjunkturellen Abkühlung der Gesamtwirtschaft nur mit geringen Einbußen zu rechnen sein. Hierfür spricht vor allem die weiterhin hohe Kapazitätsauslastung in vielen Branchen. Die Entwicklung wird sich dabei voraussichtlich zwischen West- und Ostdeutschland nur wenig unterscheiden.

Maßnahmenpaket für den öffentlichen Bau geht in die Preise

Der Investitionsstau im öffentlichen Sektor konnte seit 2006 zwar spürbar reduziert aber nicht beseitigt werden. Die verbesserten Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften sind auch für mehr bauliche Investitionen und Instandsetzungsmaßnahmen genutzt worden. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe weisen für das Jahr 2008 auf starke Schwankungen der Produktion im öffentlichen Bau vor allem in Westdeutschland hin. Während im ersten Quartal noch der Tief- und Hochbau stark zulegten, waren im zweiten Quartal die Auftragseingänge schon deutlich rückläufig. Die reale Produktion dürfte aber 2008 in Westdeutschland mit gut fünf Prozent sogar noch stärker zunehmen als 2007. In Ostdeutschland war die Entwicklung des öffentlichen Baus im Jahresverlauf 2008 weitaus stabiler. In Ostdeutschland wird daher

³ Vgl. Clausnitzer, K.-D. et al.: Effekte des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms 2007. Gutachten des Bremer Energie Instituts, 2008, 52.

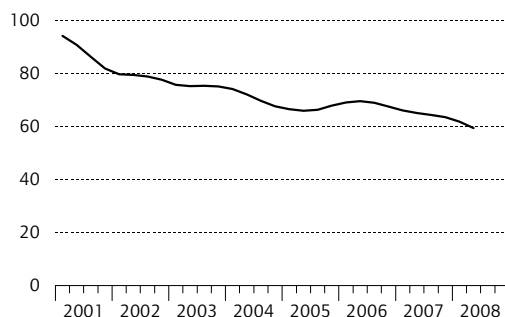
⁴ Vgl. Fraktionsentwurf Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelung des Maßnahmenpaketes Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung, 10.

Abbildung 2

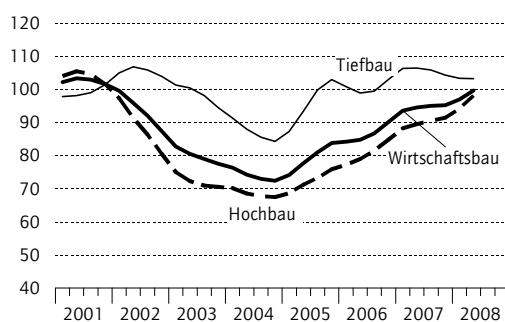
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe der alten Bundesländer

Wertindex 2000 = 100¹

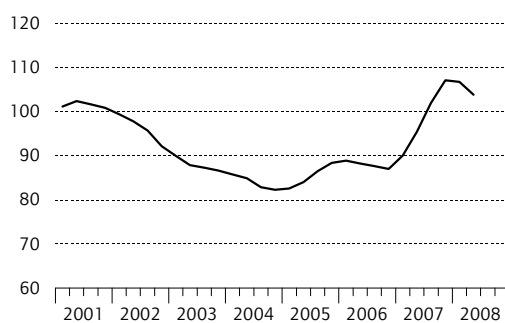
Wohnungsbau



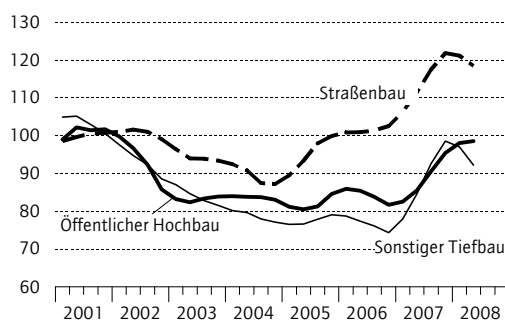
Wirtschaftsbau



Öffentlicher Bau insgesamt



Öffentlicher Bau nach Bereichen



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

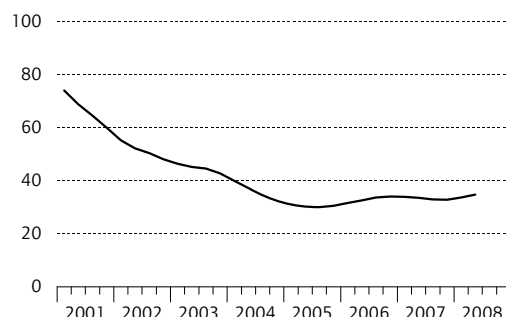
DIW Berlin 2008

Abbildung 3

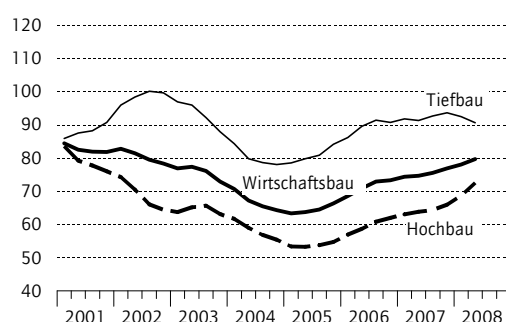
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe der neuen Bundesländer und Berlins

Wertindex 2000 = 100¹

Wohnungsbau



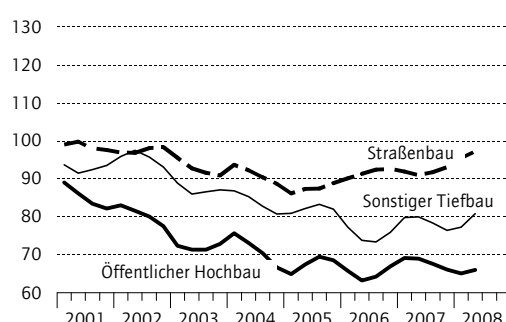
Wirtschaftsbau



Öffentlicher Bau insgesamt



Öffentlicher Bau nach Bereichen



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

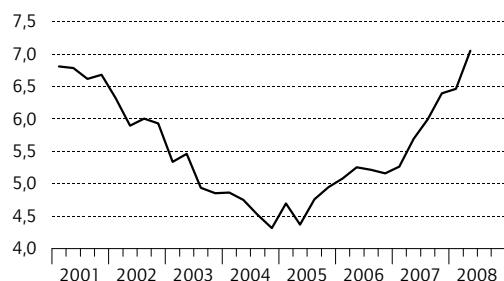
Quellen: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

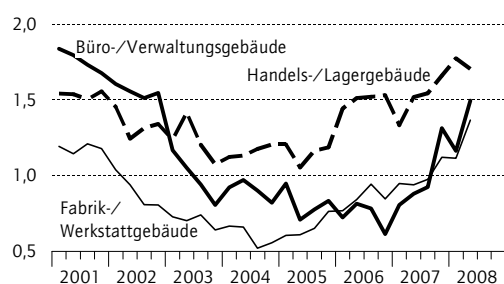
Abbildung 4

Genehmigungen im NichtwohnbauBaukosten in Milliarden Euro je Quartal¹**Alte Bundesländer**

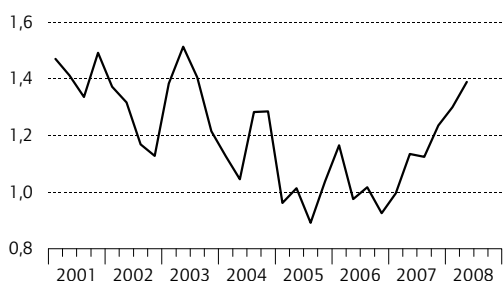
Nichtwohnbau insgesamt



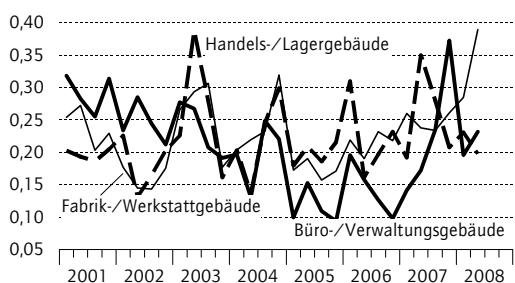
Nach Gebäudearten

**Neue Bundesländer und Berlin**

Nichtwohnbau insgesamt



Nach Gebäudearten

¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

mit einem ähnlichen Wachstum von noch gut vier Prozent wie im Vorjahr gerechnet.

2009 wirken auf den öffentlichen Bau unterschiedliche Kräfte. Auf der einen Seite könnte sich die Konjunkturabkühlung insbesondere bei den Gewerbesteuereinnahmen negativ auswirken. Manche Kommunen sind sogar direkt oder indirekt über ihre Sparkassen von der Finanzkrise betroffen. Auf der anderen Seite dürfte das Konjunkturprogramm im Bereich des öffentlichen Baus insgesamt auch für 2009 einen weiteren Zuwachs möglich machen. Zum einen werden den Kommunen für Infrastrukturprojekte durch die KfW weitere Kredite in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Kommunale Infrastrukturprojekte werden mit Krediten von bis zu 50 Prozent des Investitionsvolumens gefördert. Somit ergibt sich für diesen Teil des Programms ein Multiplikator von mindestens zwei, der aber auch höher ausfallen könnte. Da allerdings verstärkt strukturschwache Kommunen gefördert werden sollen, ist nicht davon auszugehen, dass es zu einer über den notwendigen Rahmen hinausgehenden Eigenbeteiligung kommen wird, so dass hier ein Multiplikator von 2,1 unterstellt wird. Wie bei der Bereitstellung der Kredite für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist fraglich, ob die Mittel auch tatsächlich abgerufen werden. Zusätzlich können Kommunen Mittel aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm erhalten. Allerdings ist die Nutzung der energetischen Programme durch Kommunen in der Vergangenheit schwach ausgefallen. So nahmen Kommunen im Jahr 2007 lediglich 25,1 Millionen Euro über das „KfW-Kommunalkredit – Energetische Gebäudesanierung“-Programm auf.⁵

Im Rahmen des Innovations- und Investitionsprogramms Verkehr werden zusätzlich eine Milliarde Euro für den Ausbau des Strassen- und Schienenverkehrs bereitgestellt. Im Gegensatz zu den anderen Programmen wird dieses Geld auch tatsächlich vom Bund ausgegeben, so dass hier die Nachfragewirkung eindeutig ist. Der Multiplikator beträgt dafür aber auch nur eins, da es zu keinen Beteiligungseffekten kommen kann.

Mit 200 Millionen Euro spielen die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur eine eher untergeordnete Rolle. Da es sich um Investitionszuschüsse handelt, die je nach Förderungsgebiet zwischen 7,5 und 50 Prozent der Investitionen ausmachen, könnte der Multiplikator mitunter sehr groß werden. Allerdings werden sämtliche

⁵ Vgl. Antwort der Bundesregierung. Deutscher Bundestag Drucksache 16/8165, 2.

Investitionen gefördert, sodass die Auswirkungen auf den Bau nur etwa die Hälfte des Förderbetrags erreichen.

Das Konjunkturprogramm dürfte im Bereich des öffentlichen Baus damit insgesamt auch für 2009 einen weiteren Zuwachs möglich machen. In Westdeutschland wird er aufgrund der starken Expansion im Vorjahreszeitraum mit knapp zwei Prozent deutlich niedriger ausfallen als mit über drei Prozent in Ostdeutschland. Ein Großteil der Impulse wird allerdings nicht zu mehr Bauproduktion, sondern eher zu steigenden Baupreisen führen. Dies ist vor allem deshalb anzunehmen, weil nach drei wachstumsstarken Jahren der Auslastungsgrad gerade in den vom Konjunkturprogramm profitierenden Bereichen überdurchschnittlich hoch sein dürfte. Schon in der Vergangenheit konnten in der energetischen Sanierung und im Straßenbau deutlich steigende Preise beobachtet werden, die nicht allein auf

Energie- und Rohstoffpreissteigerungen zurückzuführen sind.

Fazit

Das gesamte Bauvolumen in Deutschland wird in diesem Jahr einen Wert von nominal über 280 Milliarden Euro erreichen. Preisbereinigt entspricht dies einem Zuwachs gegenüber 2007 von nochmals knapp drei Prozent (Tabelle 2). Nach langen Jahren stagnierender oder sogar rückläufiger Produktionsentwicklung gelingt damit der Bauwirtschaft nach 2006 und 2007 auch 2008 eine positive Gesamtbilanz.

Der konjunkturelle Ausblick auf das Jahr 2009 ist allerdings gespalten. Die Abschwächung im Wohnungsbau belastet die Entwicklung der gesamten Bauinvestitionen für 2009. Hier ist nur mit geringen Effekten des Maßnahmenpakets

Tabelle 2

Das Bauvolumen in Deutschland

	2005	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹
In Milliarden Euro zu jeweiligen Preisen									
Bauvolumen insgesamt	231,15	248,12	267,89	282,77	286,17	7,3	8,0	5,6	1,2
Alte Bundesländer ²	185,60	200,03	215,69	227,70	229,75	7,8	7,8	5,6	0,9
Neue Bundesländer und Berlin ²	45,55	48,09	52,19	55,06	56,41	5,6	8,5	5,5	2,4
Index 2000 = 100									
Preisentwicklung	103,1	105,4	111,9	115,0	116,9	2,2	6,2	2,7	1,7
Alte Bundesländer	102,9	105,1	111,6	114,6	116,5	2,1	6,2	2,7	1,6
Neue Bundesländer und Berlin	104,0	106,6	113,3	116,3	118,5	2,5	6,3	2,6	1,8
In Milliarden Euro zu Preisen von 2000									
Bauvolumen insgesamt	224,17	235,44	239,33	245,96	244,80	5,0	1,7	2,8	-0,5
Alte Bundesländer	180,38	190,32	193,28	198,63	197,18	5,5	1,6	2,8	-0,7
Neue Bundesländer und Berlin	43,79	45,12	46,06	47,34	47,62	3,1	2,1	2,8	0,6
Nach Baubereichen									
Wohnungsbau	123,56	129,47	128,85	130,98	128,45	4,8	-0,5	1,7	-1,9
Alte Bundesländer	105,61	111,11	110,43	112,29	109,92	5,2	-0,6	1,7	-2,1
Neue Bundesländer und Berlin	17,95	18,36	18,42	18,70	18,53	2,3	0,3	1,5	-0,9
Wirtschaftsbau	65,99	70,50	73,87	76,54	77,06	6,8	4,8	3,6	0,7
Alte Bundesländer	49,86	53,36	56,25	58,34	58,74	7,0	5,4	3,7	0,7
Neue Bundesländer und Berlin	16,13	17,14	17,62	18,20	18,32	6,2	2,8	3,3	0,7
Öffentlicher Bau	34,61	35,48	36,61	38,44	39,29	2,5	3,2	5,0	2,2
Alte Bundesländer	24,91	25,85	26,59	28,00	28,53	3,8	2,9	5,3	1,9
Neue Bundesländer und Berlin	9,71	9,62	10,02	10,44	10,76	-0,8	4,1	4,2	3,1
Nach Produzentengruppen									
Alte Bundesländer									
Baugewerbe Hoch- und Tiefbau ³	53,15	56,45	56,82	58,36	58,35	6,2	0,7	2,7	0,0
Bauinstall., Sonst. Baugewerbe ⁴	69,26	73,01	74,91	76,99	75,86	5,4	2,6	2,8	-1,5
Übrige Bereiche ⁵	57,97	60,86	61,54	63,28	62,97	5,0	1,1	2,8	-0,5
Neue Bundesländer und Berlin									
Baugewerbe Hoch- und Tiefbau ³	17,27	17,82	18,00	18,44	18,76	3,2	1,0	2,4	1,7
Bauinstall., Sonst. Baugewerbe ⁴	15,40	15,90	16,54	17,05	16,99	3,2	4,0	3,1	-0,3
Übrige Bereiche ⁵	11,11	11,41	11,52	11,85	11,87	2,7	1,0	2,9	0,2

¹ Prognose.

² Aufteilung erfolgt nach dem Sitz der Betriebe.

³ Einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten (entspricht dem Bauhauptgewerbe).

⁴ Entspricht dem Ausbaugewerbe.

⁵ Verarbeitendes Gewerbe (Installationen, Montage- und Fertigbauten), baubezogene Dienstleistungen, Außenanlagen und Eigenleistungen der Investoren.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

der Bundesregierung zu rechnen. Insbesondere das CO₂-Sanierungsprogramm dürfte nur geringe Nachfragewirkung entfalten, da die Rendite für den privaten Investor wegen der starken Energiepreisschwankungen unsicher ist. Die Ausweitung der Absetzbarkeit von haushaltsnahen Handwerkerleistungen wird im Wesentlichen von Mitnahmeeffekten dominiert werden und keine zusätzlichen Nachfrageeffekte auslösen. Es wird lediglich zur Stabilisierung der Produktion im Wohnungsbau beitragen.

Der Wirtschaftsbau – wesentliche Stütze der bisherigen Baukonjunktur – stagniert nahezu. Das Programm der Bundesregierung weist keine Komponenten auf, die den Wirtschaftsbau unmittelbar stützen. Lediglich der öffentliche Bau wird auch 2009 real noch etwas zulegen. Dies ist der Bereich, in dem sich das Maßnahmenpaket am deutlichsten bemerkbar machen dürfte. Dies liegt in erster Linie an den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

Die deutsche Bauproduktion wird über alle Nachfragebereiche hinweg in der Summe preisbereinigt 2009 fast unverändert auf dem Vorjahresniveau verharren (–0,5 Prozent). Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung erscheint daher in doppelter Hinsicht ungeeignet. Auf der einen Seite geht ein

großer Teil der Gelder des Konjunkturprogramms in die Preise und nicht in die reale Produktion. Der Preisauftrieb wird insbesondere im öffentlichen Bau weiterhin hoch bleiben. Auf der anderen Seite ist die Anstoßwirkung auf den sinnvollen Ausbau der Infrastruktur zu kurzatmig.

In den östlichen Ländern dürfte die Bauwirtschaft insgesamt etwas besser abschneiden (+0,6 Prozent) als in Westdeutschland (–0,7 Prozent). Insbesondere werden in den neuen Bundesländern die Programme zur Konjunkturstärkung besser greifen. Im Wirtschaftsbau ist dagegen kaum noch mit regionalen Differenzen zwischen Ost und West zu rechnen.

Die Betrachtung der zusammengefassten (realen) Bauleistungen nach Produzentengruppen ergibt, dass das Bauhauptgewerbe gegenüber den anderen Baubereichen weiter aufholt. 2009 dürfte die reale Produktionsleistung in Westdeutschland stabil bleiben. Mit der stärkeren Nachfrage des öffentlichen Sektors ist in Ostdeutschland sogar ein Produktionszuwachs realistisch. Das Ausbaugewerbe wie auch die übrigen Bereiche (Bauleistungen des verarbeitenden Gewerbes, Bauplanungsleistungen) werden dagegen unter der schwachen Entwicklung im Wohnungsbau leiden.

JEL Classification:
E22, E27, E62, H30

Keywords:
Construction,
Forecasting,
Fiscal policy

Eva M. Sierminska, Joachim R. Frick, Markus M. Grabka

Examining the gender wealth gap in Germany

Welfare-oriented analyses of economic outcome measures such as income and wealth generally rest on the assumption of pooled and equally shared resources among all household members. Yet the lack of individual-level data hampers the distribution of income and wealth within the household context. Based on unique individual-level wealth data from the German Socio-Economic Panel (SOEP), this paper challenges the implicit assumption of internal redistribution by considering an alternative definition of the aggregation unit and by controlling its effect on distribution and inequality analysis. We find empirical evidence for a significant gender wealth gap of about 30,000 euros in Germany, which amounts to almost 50,000 euros for married partners. Decomposition analyses reveal that this gap is mostly driven by differences in characteristics between men and women, the most important factor being the individual's own income and labor market experience. However, this finding holds only for the upper part of the wealth distribution and can be shown only with non-parametric decomposition methods due to the mean orientation of the parametric Oaxaca-Blinder technique. Differences in the lower part of the wealth distribution appear to be driven mostly by the wealth function, i.e., the way in which women transform their characteristics into wealth.

SOEPpapers No. 115

Nicole Schmiade, C. Katharina Spieß, Wolfgang Tietze

Zur Erhebung des adaptiven Verhaltens von zwei- und dreijährigen Kindern im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)

Das SOEP baut seit dem Jahr 2003 das Erhebungsinstrumentarium für den Bereich der frühen Kindheit systematisch aus. Dieser Beitrag berichtet über die instrumentelle Güte eines 20 Items umfassenden Mütterfragebogens zum adaptiven Verhalten von zwei- bis dreijährigen Kindern (VABS) in den Bereichen Sprache, Alltagsfertigkeiten, Motorik und soziale Beziehungen, der erstmals im Jahr 2005 eingesetzt wurde. Untersucht werden Aspekte der instrumentellen Güte (Reliabilität; Validität; Entwicklungssensitivität) sowie bi- und multivariate Zusammenhänge mit anderen Kindmerkmalen, der kindlichen Betreuungssituation und Haushalts- und Familienmerkmalen. Im teststatistischen Sinn erscheint das Instrument als etwas zu «leicht». Unabhängig davon sehen die Autoren einen hohen Nutzen der Skala im Kontext des breiten Kranzes von SOEP-Daten.

Since the year 2003, SOEP has been systematically adding to its repertoire of survey instruments in the area of early childhood. The present study reports on the instrumental value of a 20-item "mother questionnaire" on the adaptive behavior of their two to three-year-old children (VABS) in the areas of language, everyday skills, motor skills, and social relationships. The survey was first employed in the year 2005. We study aspects of instrumental quality (reliability, validity, sensitivity to change), as well as bivariate and multivariate relationships with other characteristics of the child, the childcare situation, and the household and family. Evaluated from a test statistical perspective, the instrument appears somewhat too "easy". Independent of this, however, the authors judge the scale to be extremely useful in the wider context of the SOEP data.

SOEPpapers No. 116

Die Volltextversionen der SOEPpapers liegen als PDF-Dateien vor und können von den entsprechenden Webseiten des DIW Berlin heruntergeladen werden (<http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/soeppapers/56454.html>).

The full text versions of the SOEPpapers are available in PDF format and can be downloaded from the DIW Berlin website (<http://www.diw.de/english/products/publications/soeppapers/56505.html>).

Nataliya Barasinska, Dorothea Schäfer, Andreas Stephan

Financial Risk Aversion and Household Asset Diversification

This paper explores the relationship between risk attitude and asset diversification in household portfolios. We first examine the impact of manifested risk aversion on the total number of distinct assets held in a portfolio (naive diversification). The second part of the paper focuses on a more sophisticated strategy of diversification and asks whether financial theory is compatible with observed diversification patterns. Based on the German Socioeconomic Panel which provides unique measures of individual propensity for taking risk, the results of the regression analysis show that, along with some socioeconomic characteristics, the propensity for taking investment risk is an important predictor of a household's diversification strategy. However, some of our findings are strongly at odds with what the concept of mean-variance utility suggests.

SOEPpapers No. 117

C. Katharina Spiess, Katharina Wrohlich

Does distance determine who attends a university in Germany?

We analyze the role of distance from a university in the decision to attend higher education in Germany. Students who live near a university can avoid moving and the increased living expenses by commuting. Thus, transaction cost arguments would suggest that the greater the distance to the nearest university, the lower the participation in higher education. We analyse this hypothesis by combining data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) with a database from the German Rectors' Conference on university postal codes. Based on a discrete time hazard rate model we show that distance to the next university at the time of completing high school significantly affects the decision to enrol in tertiary education. Controlling for many other socio-economic and regional variables, we find that 1 kilometre distance decreases the probability to enrol in higher education by 0.2 – 0.3 percentage points.

SOEPpapers No. 118

Christian Schmitt

Labour Market Integration and the Transition to Parenthood – A Comparison of Germany and the UK

The aim of this paper is to investigate the hypothesis that after leaving the educational system, labour market integration has a causal effect on first-birth decisions. The analysis focuses on two major research questions: First, how is the timing of first parenthood associated with previous labour market performance? Second, can differences in first birth-risks be related to labour market performance? In other words, to what extent do the fertility decisions of successfully integrated individuals differ from those who are poorly integrated into the labour force?

To account for the impact of cross-national differences in institutional settings, I contrast the continental conservative German welfare state with the liberal market economy of the UK. To account for gender-specific differences in opportunity costs, I distinguish between men and women in this analysis. Using longitudinal micro-data from the SOEP and BHPS, I apply a piecewise constant exponential hazard model. The results show a significantly reduced first-birth risk in the case of German men with weak occupational integration, as well as in the case of British and German women with pronounced labour market attachment. Furthermore, regarding the timing of family formation, a lengthy process of occupational integration tends to delay the transition to parenthood for both men and women, especially in Germany.

SOEPpapers No. 119

Auswege aus der Finanzmarktkrise: Das Beispiel Finnlands und Schwedens

Eine Veranstaltung des DIW Berlin
in Zusammenarbeit mit der
Botschaft von Finnland und der Botschaft von Schweden

16. Dezember 2008, 11.00 bis 15.30 Uhr am DIW Berlin

*„Ich hätte nicht gedacht,
dass wir das noch einmal machen müssen.“*
Stefan Ingves,
Präsident der schwedischen Reichsbank

Der Weltfinanzgipfel der G20 ist vorbei – jetzt geht es darum, die Grundlinien für die künftige Regulierung der globalen Finanzmärkte auszuarbeiten. Orientierung bieten hierbei die Erfahrungen mit früheren Banken- und Finanzmarktkrisen.

So erlebten Finnland und Schweden zu Beginn der 90er Jahre zunächst eine Immobilienblase – und anschließend eine schwere Bankenkrise.

In beiden Ländern stand das Finanzsystem kurz vor dem Kollaps. Doch die Institute wurden durch Eigenkapitalzuführung, eine generelle Bankgarantie und die Konzentration fauler Kredite bei „bad banks“ gerettet. Dank dieser Maßnahmen, einer umfassenden Ursachenforschung und effizienterer Regulierung stehen die meisten Banken heute gut da. Das Risikomanagement hat sich verbessert, die Neigung sich zu verschulden, ist viel geringer als in anderen Ländern.

Der Experten-Roundtable der Botschaft Finnlands, Schwedens und des DIW Berlin wirft einen Blick auf die Lehren aus der skandinavischen Bankenkrise. Im Vordergrund steht dabei die Frage, welche positiven und negativen Erfahrungen für die Bewältigung der heutigen Krise anwendbar sind.

Veranstaltungen des DIW Berlin

Programm

- 11:00 Einführung
Harry Helenius, Botschafter von Finnland in Deutschland
- 11:10 Regulierer und Rettungsanker: Was wir vom Staat erwarten müssen
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Präsident des DIW Berlin
- 11:25 Shock, Confusion, Rapid Response: Finnlands Weg aus der Bankenkrise
Dr. Vesa Vihriälä, Unterstaatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten
- 11:50 Eine Nordische Erfolgsgeschichte: Die Bewältigung der Finanzmarktkrise in Schweden
Bo Lundgren, 1991–1994 Stellvertretender Finanzminister Schwedens,
Generaldirektor der Finanzagentur Riksgälden
- 12:30 Mittagsempfang auf Einladung der Finnischen Botschaft
Joan Robinson Lounge im DIW Berlin
- 13:30 Risk Transparency in Financial Markets – Lessons Learnt and Challenges Ahead
Prof. Dr. Daniel Rösch, Institut für Banken und Finanzierung, Leibniz Universität
Hannover
- 14:00 Eine Agenda für eine neue Finanzmarktarchitektur – Welche Lehren aus der Finanz-
marktkrise zu ziehen sind und wie ein neues globales Regelwerk aussehen könnte
PD Dr. Dorothea Schäfer, Finanzmarktexpertin DIW Berlin
- 14.30 Paneldiskussion mit Klaus Zimmermann, Vesa Vihriälä, Bo Lundgren, Daniel Rösch,
Dorothea Schäfer
Moderation: Frank Buchwald, ZDF
- 15:30 Ende der Veranstaltung

Tagungssprachen sind deutsch und englisch (Simultanübersetzung).

Anmeldung: events@diw.de

Ort der Veranstaltung:

DIW Berlin
Quartier 110, Mohrenstraße 58, 10117 Berlin-Mitte
Telefon +49/30/89789-573
Behindertenfreundlicher Zugang
Verkehrsverbindung: U-Bahnhof Stadtmitte (U2/U6)

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.



Brauchen wir ein Konjunkturprogramm?

von Christian Dreger*

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat sich deutlich eingetrübt. Der aktuelle Rückgang der Produktion ist stärker ausgefallen als ursprünglich erwartet. Auch die Finanzkrise ist noch nicht gebannt. Bei einer Verschärfung dürfte die Geldpolitik zunehmend wirkungslos werden. Gegenwärtig häufen sich Negativmeldungen. Um ein weiteres Abgleiten zu verhindern, werden deshalb vermehrt Konjunkturprogramme gefordert. Doch übersteigt der Nutzen tatsächlich die Risiken?

So besteht bei solchen Programmen die Gefahr, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen weiter hinausgeschoben wird. Steigende Staatsausgaben sind leicht beschlossbar, ihr späterer Abbau ist jedoch ungleich schwerer durchzuführen. Sollten jedoch tatsächlich Pakete zur präventiven Stützung der Konjunktur umgesetzt werden, ist die Rückführung der Defizite bereits heute verbindlich festzulegen. Dies verlangt künftig eine stärkere Regelbindung der Fiskalpolitik. Daneben sollte die Politik entsprechende Programme international abstimmen und sich darauf konzentrieren, die Bedingungen für ein nachhaltiges Wachstum zu verbessern. Durch ein koordiniertes Vorgehen lassen sich auch drohende Subventionswettläufe noch am besten vermeiden.

Die Wirtschaftspolitik sollte bei alledem aber einen kühlen Kopf bewahren. Keinesfalls kann es darum gehen, für Defizite im Unternehmensmanagement einzustehen. Sektor- oder gar unternehmensspezifische Hilfen kommen in erster Linie organisierten Interessengruppen zugute, die damit die Anpassungslasten auf andere Bereiche abwälzen und den notwendigen Strukturwandel aufhalten. Zudem findet der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität bei einer im Mittel immer noch recht hohen Kapazitätsauslastung statt. Von einer allgemeinen Nachfrageschwäche kann also bisher keine Rede sein. Der Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor in robuster Verfassung. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften lässt auch in Zukunft gute Beschäftigungsperspektiven erwarten, sodass Unternehmen ihre Stammebelegschaft selbst in Zeiten konjunktureller Schwäche aufrechterhalten dürften.

Zu übertriebener Schwarzmalerei besteht daher kein Anlass. Zwar wird das Wachstum in Deutschland im nächsten Jahr weniger von den Exporten getragen. Der sinkende Ölpreis führt aber zu einem Rückgang der Inflation, was die Kaufkraft der privaten Haushalte erhöht. Davon dürfte vor allem die Konsumnachfrage profitieren. Außerdem wird die Importrechnung wegen des geringeren Ölpreises um 30 Milliarden Euro pro Jahr geringer ausfallen. Dies entspricht etwa 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Daher bestehen also durchaus Chancen, dass die Rezession überwunden wird, ohne allzu tiefe Spuren zu hinterlassen.

* Dr. habil. Christian Dreger leitet die Abteilung Konjunktur im DIW Berlin.